

Bremen, 07.07.2020

Polizisten nicht unter Generalverdacht stellen – Änderung des Polizeigesetzes zurückziehen!

Der Beirat Vegesack möge beschließen:

- 1. Der Beirat dankt allen Polizistinnen und Polizisten in Bremen und insbesondere in Vegesack für ihren engagierten Dienst und den Einsatz im Stadtteil. Der Beirat spricht den Polizistinnen und Polizisten sein vorbehaltloses Vertrauen in der Ausübung ihres Dienstes aus.*
- 2. Der Beirat weist die pauschale Verurteilung zurück, dass alle Polizistinnen und Polizisten rassistische Einstellungen hätten. Der Beirat fordert ein konsequentes dienstrechtliches Vorgehen bei Beamten, die gewaltbereites oder rassistisches Verhalten zeigen.*
- 3. Der Beirat verurteilt jede Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in Form von Beleidigungen und körperlichen Angriffen. Ebenso verurteilt der Beirat Sachbeschädigungen gegen Einrichtungen der Polizei, der Polizeigewerkschaften und polizeinaher Einrichtungen.*
- 4. Der Beirat stellt fest, dass die Änderungen des Polizeigesetzes ungerechtfertigte Vorurteile gegenüber Polizistinnen und Polizisten verstärken und staatlich beglaubigen. Der Beirat lehnt die von den Regierungskoalitionen vorgelegten Änderungen des Bremischen Polizeigesetzes ab und fordert die Fraktionen von SPD, LINKEN und Grünen in der Bremischen Bürgerschaft auf, das Gesetz zurückzunehmen.*
- 5. Der Beirat fordert den Senator für Inneres auf, sich schützend vor die Polizistinnen und Polizisten zu stellen und alles zu unternehmen, damit die Änderungen des Bremischen Polizeigesetzes nicht beschlossen werden.*
- 6. Der Beirat fordert den Innensenator auf, die Polizei sachlich und personell besser aufzustellen und dafür die Mittel in der Haushaltsumsetzung 2020/2021 und in der Haushaltsaufstellung 2022/2023 bereitzustellen.*

Begründung:

Die rund 300.000 Menschen, die bundesweit bei der Polizei beschäftigt sind, verdienen unseren Respekt, unsere Anerkennung und vor allem unsere Wertschätzung. Dies gilt auch und insbesondere für die fast 2.500 Beamtinnen und Beamten in der Stadtgemeinde Bremen sowie die Kontaktpolizisten vor Ort. Sie setzen sich täglich hier im Stadtteil für unsere Sicherheit ein und setzen dabei zum Teil auch ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel. Immer häufiger müssen sie sich in der Ausübung ihres Dienstes für die Bürgerinnen und Bürger Anfeindungen und Respektlosigkeiten stellen. Leider werden sie auch oft selbst Opfer von Angriffen. Aus diesem Grund verdienen sie den besonderen Schutz des Staates. In den letzten Tagen und Wochen ist eine Vielzahl von Vorwürfen auf die Polizei eingepresselt, die kaum mehr zu ertragen sind. Ob die Vorwürfe der SPD-Bundesvorsitzenden Saskia Esken, die pauschal allen Polizistinnen und Polizisten ein Rassismus-Problem vorwarf. Der Artikel in der Tageszeitung taz, in dem Polizisten ebenso pauschal als „Müll“ bezeichnet wurden oder auch die erschreckenden und gewalttätigen Vorkommnisse in Stuttgart zeigen deutlich, dass Sicherheitskräfte immer häufiger selbst zur Zielscheibe werden.

Diese Vorkommnisse kennen wir leider auch hier in Bremen. Die Anschläge auf das Polizeirevier bzw. Fahrzeuge in Schwachhausen im Jahr 2019, der Angriff auf die Geschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei im Juni 2020 oder die Tatsache, dass allein im vergangenen Jahr über 950 Straftaten gegen Beamte gezählt wurden, belegen dies. Dabei wird die Anwendung von Gewalt gegen die Polizei und ihre Einrichtungen, aber auch gegen andere Sicherheitskräfte wie gegen Feuerwehrlaute oder den ärztlichen Rettungsdienst, immer öfter als legitim empfunden. Diese Entwicklung muss uns als Beiratsvertreterinnen und Beiratsvertretern zu denken geben. Es ist unsere Aufgabe der Polizei im Stadtteil den Rücken zu stärken und ihre Akzeptanz gegenüber Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang senden die von den Regierungskoalitionen vorgelegten Änderungen des Polizeigesetzes ein fatales Signal an unsere Polizei. Sie bestätigen alle falschen und ungerechtfertigten Vorurteile, die derzeit kursieren und säen Misstrauen in der Bevölkerung. Diese Gesetzesänderungen werden die Polizeiarbeit nicht verbessern, sondern nachhaltig erschweren. Der Beirat Vegesack lehnt das Gesetz in dieser Form ab und fordert die Bürgerschaftsfraktionen von SPD, Grünen und LINKEN auf, den Entwurf unverzüglich zurückzunehmen.

Natürlich verurteilt der Vegesack die rassistischen, verabscheuungswürdigen und nicht hinnehmbaren Fälle von Polizeigewalt in den USA in aller Schärfe! Genauso deutlich lehnen wir in diesem Zusammenhang aber jeden Versuch der Gleichsetzung mit der Polizei in Bremen ab. Unsere Polizistinnen und Polizisten durchlaufen ein mehrjähriges Studium, welches die Anwärter auf unterschiedlichste Situationen vorbereitet und immer wieder Bezug zur Gewährleistung von individuellen Grundrechten herstellt. Dies ist mit einem mehrwöchigen Lehrgang, wie es in vielen Polizeien der Vereinigten Staaten der Fall ist, nicht ansatzweise vergleichbar. Dabei erkennen wir an, dass die Polizei – wie im Übrigen auch alle anderen gesellschaftlichen Bereiche – nicht vollständig gegen rassistische oder antisemitische Einstellungen Einzelner gewappnet ist. Diese gilt es rückhaltlos aufzuklären und dienstrechtliche Konsequenzen – bis hin zur Entlassung aus dem Staatsdienst – zu ziehen. Wir erleben derzeit aber im Rahmen von Demonstrationen, öffentlichen Debatten und in den sozialen Medien eine unzulässige Pauschalisierung und ungerechte, sowie undifferenzierte

Verurteilung der deutschen Polizei. Dies wird den Beamten, ihrer Ausbildung und ihrem täglichen Einsatz nicht gerecht.

Der Rechtsstaat darf es nicht dulden, dass diejenigen die ihn verteidigen und schützen derart angegriffen und unter Generalverdacht gestellt werden. Wir erwarten von der Polizei eine große Professionalität aber wir stellen uns auch konsequent und entschlossen vor unsere Polizeibeamten, wenn sie wieder einmal mit Worten diffamiert oder mit Taten angegriffen werden. Wir sprechen Ihnen durch diese Erklärung unseren Dank und unser Vertrauen aus. Dafür einzustehen ist nach unserer Auffassung auch die Aufgabe unseres Beirats und aller ihm an angehörenden Fraktionen.

Ulrike Baltrusch-Rampf, Andreas Kruse und die Beiratsfraktion der CDU